Diese Parteizerrissenheit wird noch dadurch vermehrt, daß in letzter Zeit wieder

systematisch der Gedanke eines Zusammengehens mit den Kommunisten in der sächsischen Politik propagiert wird.

Die sächsischen Parteileitungen kennen trotz den eindringlichen Lehren des Jahres 1923 offenbar kein anderes Ziel, als mit den erstarkten Feinden der Sozialdemokratie erneut zu paktieren und Volk und Staat in ein neues Unglück zu treiben.

Die Fraktionsmehrheit kann diesen Weg nicht mitgehen.

Die Fraktionsmehrheit ist in klarer Erkenntnis der politischen und wirtschaftlichen Machtfaktoren Ende 1923

in die gegenwärtige Koalition mit Zustimmung des Parteivorstandes eingegangen

und hat in ihr mit bestem Erfolg für die sozialdemokratische Anhängerschaft Sachsens gewirkt.

Ohne die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes außer acht zu lassen, im Gegenteil, sie stets in ihren politischen Handlungen nachdrücklichst wertend, hat sie doch auf dem Gebiete der gesamten Wohlfahrtspflege gegenüber allen Staaten Mustergültiges geleistet. Im Schulwesen ist Sachsen gegenüber dem Reiche führend, in der Strafgefangenenpflege voranschreitend. Die Fürsorge für untere Beamten darf sich vor dem ganzen Reiche sehen lassen. Die sächsische Staatswirtschaft ist mustergültig. Auch was jetzt auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und der Erwerbslosenfürsorge geleistet wird, dürfte wenig seinesgleichen haben.

Wenn angesichts einer solch fruchtbaren Arbeit erneut der Versuch unternommen wird, dieses Wirken ohne jeden politischen Grund zu stören, wenn wichtige Gesetze, deren Verabschiedung von der sozialdemokratischen Anhängerschaft nachdrücklichst gefordert wird, nach Ansicht der sächsischen Landesleitung und der Fraktionsminderheit liegen bleiben sollen, ohne auch nur die entfernteste Gewähr dafür zu haben, daß ein neugewählter Landtag sie in gleich fortschrittlichem Sinne löst, dann zwingt uns das erneut die Frage auf, ob man diese Politik noch mitmachen kann. Die Unterzeichner müssen, wie bereits einmal betont, diese Frage verneinen.

Das Bild, das sich in Sachsen zeigt, ist zwar nur der krassteste Ausdruck der taktischen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie. Ueberall, in Baden, in Hamburg, in Preußen, Württemberg und im Reich ringen in der Partei in mehr oder weniger scharfer Form die grundsätzlichen Auffassungen miteinander, ob man positiv an der Staatsmaschine mitwirken oder in negativer Opposition verharren solle.

Eine Partei von der Stärke der deutschen Sozialdemokratie, die sich von jeher zur republikanischen Staatsform bekannt hat, kann sich in der Republik auf die Dauer der staatlichen Mitarbeit und Verantwortung nicht entziehen.

Wo angesichts dieser Tatsachen die Partei dennoch ohne zwingenden Grund in Opposition tritt, muß diese Opposition unfruchtbar sein und sich zum Schaden des Volkes auswirken.

Aus all diesen Gründen erklären wir, daß wir die Politik der gegenwärtigen sächsischen Parteileitung ablehnen und daß wir als

alte Sozialdemokratische Partei

den in den letzten Jahren erprobten und zum Vorteil des Volkes sich auswirkenden Kurs positiver Staatsmitarbeit weiter treiben werden.

Wir sind überzeugt, daß die breiten Massen der sozialdemokratischen Anhänger diesen uns aufgezwungenen Schritt billigen und nachdrücklichst unterstützen werden.

Das Schreiben der Linken

In der Landtagssitzung vom Donnerstag, den 15. April, gab der Landtagspräsident nach Eröffnung der Sitzung folgendes Schreiben bekannt:

Sehr geehrter Herr Präsident!

In Vertretung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens haben die Bezirksvorstände Sachsens in ihrer Sitzung vom 31. März 1926 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Bezirksvorstände stellen fest, daß die Landtagsabgeordneten der SPD., die am 25. März 1926 nicht für die Landtagsauflösung gestimmt haben, nicht mehr als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei gelten. Dasselbe trifft für die Minister zu. Die Vertretung der Sozialdemokratie im Landtag geht damit auf die Abgeordneten über, die auf dem Boden der Parteibeschlüsse stehen."

Indem ich Sie, Herr Präsident, von diesem Beschluß in Kenntnis setze, teile ich Ihnen gleichzeitig mit, daß die Fraktionsvertreter der Sozialdemokratischen Partei Sachsens und damit die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Landtag nunmehr folgende 18 Abgeordneten sind: Arzt, Deundardt, Edel, Fellisch (Hört, hört! — Zuruf bei den Demokraten: Welche?), **Graupe, Hausgich, Krohner, Liebmann, Menke, Mucker, Nebrig, Sachs** (Zuruf des Abg. Dr. Kastner. — Heiterkeit), **Frau Schlüting, Frau Schlag, Schwarz, Tempel, Frau Thümmel, Wenkel.**

Wir ersuchen Sie nunmehr, Herr Präsident, für die genannten Abgeordneten ein Sitzungszimmer zur Verfügung zu stellen, sowie die Sitzordnung im Saale des Plenums und die Vertretung in den Ausschüssen entsprechend zu regeln.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung zeichnet

I. A.: gez. Artur Arzt.

Reichswehrwaffen für faschistische Verbände

Faschisten bestehlen sich gegenseitig. — Die Haltung der Klassenjustiz und politischen Polizei.

Die „Arbeiterzeitung", unser Bremer Parteiblatt, enthüllt mit zahlreichen Dokumenten einen großen Skandal, der sich in Bremen abspielte.

Durch Vermittlung des Oberleutnants a. D. Polmann wurden im Herbst 1925 dem **Bremer „Jungstahlhelm" Waffen aus den Beständen des Bremer Reichswehrbataillons** zur Verfügung gestellt und zwar:

1 komplettes leichtes Maschinengewehr 08/15 mit S-Lauf und scharfen Patronen;
10 Armeegewehre Modell 98, und scharfe Munition;
1 Armeegewehrschloß;
2 Patronenkästen;
1 Wasserkasten;
1 Gurt mit Patronen u. a.

Die Waffen wurden in einem verschlossenen Militärspind eines Hauses (Häfen 51) aufbewahrt, in dem das Uebungslokal des Stahlhelms, Jungdo, Wikingbundes und Nationalverbandes deutscher Soldaten sich befindet.

Am 13. Oktober wurde von den Mitgliedern des Nationalverbandes deutscher Soldaten, **Gebhard und Mittler, das Spind mit einem Brecheisen gewaltsam erbrochen,** der größte Teil der Waffen gestohlen und in einem Garten (Elsässer Str. 117) vergraben. Polmann ließ die noch zurückgebliebenen 8 Armeegewehre aus dem erbrochenen Spind in die **Geschäftsstelle des Stahlhelms** (Lindenstr. 2) überführen und — als Gebhardt und Mittler entlarvt wurden — auch die wieder ausgegrabenen Waffen ebenfalls dorthin bringen.

Wegen seiner Stellungnahme gegen Mittlers wiederholte Diebstähle wurde der Abteilungsleiter Surmann aus dem RdE. ausgeschlossen. Er erstattete am 5. Januar 1926 gegen Mittler und Gebhardt Anzeige wegen Waffendiebstahls. Am 18. Januar teilte ihm der **Oberstaatsanwalt Löning die Einstellung des Verfahrens** mit, da „die beiden Beschuldigten offenbar nicht die Absicht hatten, die Sachen sich rechtswidrig (Erbrechen des Schrankes !! D. Red.) anzueignen."

Surmann ließ bei Löning nicht locker. Obwohl diesem die Anzeige sehr unangenehm war und er sich „gegen eine Bestrafung der jungen Leute" erklärte, mußte er auf Surmanns Protest die Anklage doch der **politischen Polizei** übergeben. Der Hauptmann Kruß, Führer der politischen Polizei Bremens, fand die Anklage ebenfalls sehr peinlich. Während sagte er zum Ankläger Surmann:

„Ach, reden Sie doch keine großen Töne, wir wissen ja von den Waffen und daß sie der Reichswehr gehören..."

Die politische Polizei suchte nun die Anklage mit einem **polizeilichen Strafbefehl** (!) auf je 100 Mark gegen Mittler und Gebhardt abzudrehen. (Kommunisten haben vom Staatsgerichtshof wegen ähnlicher Delikte 5 Jahre Zuchthaus erhalten!) Aber die beiden Verurteilten waren damit nicht zufrieden und legten Berufung dagegen ein. Das Bremer Schöffengericht, das am 8. April

unter Ausschluß der Oeffentlichkeit

tagte, sprach sie frei. Die Oeffentlichkeit war „wegen Gefährdung der Staatssicherheit, § 172" ausgeschlossen worden. In der Urteilsbegründung hieß es:

die Waffen hätten ja im Ernstfall beim Nationalverband deutscher Soldaten zum gleichen Zwecke Verwendung gefunden wie beim Jungstahlhelm!

Also das gemeinsame Ziel des Arbeitermordes macht selbst den Waffendiebstahl der Faschisten untereinander straflos.

Als die Polizei bei Mittler im Januar 1926 eine Haussuchung vornahm und **zwei scharfe Eierhandgranaten** und 23 scharfe Patronen bei ihm fand, wurde kein Verfahren wegen Sprengstoffverbrechen (wie bei Kommunisten) gegen ihn eingeleitet. Er erhielt lediglich eine Geldstrafe von 40 Mk.

Die Bremer „Arbeiterzeitung" weist ferner darauf hin, daß im **Exerzierschuppen des Bremer Reichswehrbataillons Stahlhelmleute von Charge**rten der Reichswehr im Jahre 1925 militärisch ausgebildet und eifrig am Maschinengewehr unterrichtet wurden.

Aus diesen Enthüllungen ist ersichtlich, wie Reichswehr, Faschisten, politische Polizei und Klassenjustiz aufs engste bei den **Bürgerkriegsrüstungen gegen die Arbeiterschaft** zusammenwirken. Dagegen müssen die Abwehrrüstungen der **Roten Klassenfront** verstärkt werden.

Gemeinsame Maifront

Das vor kurzem gegründete Arbeitersportkartell Radebeul bei Dresden, dem außer der SPD. und KPD. sämtliche am Ort befindlichen Arbeiterorganisationen kooperativ angeschlossen sind, hat eine gemeinsame Maidemonstration mit Weckruf, Morgensingen, Demonstration und sportlichen Veranstaltungen beschlossen. Die Einheitsfront am Maikampftag ist damit hergestellt.

Berlin, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Ortsausschuß Sel des ADGB. hat beschlossen, am 1. Mai zur allgemeinen Arbeitsruhe aufzufordern und eine gemeinsame Kundgebung der Gesamtarbeiterschaft durchzuführen.

Im Ortsausschuß Gefres wurde auf Antrag der Kommunisten beschlossen, am 1. Mai zur allgemeinen Arbeitsruhe aufzufordern und gemeinsam mit SPD. und KPD. eine Massenkundgebung durchzuführen.

Der Kuhhandel über das Fürstenkompromiß

Zustimmung der SPD.?

Berlin, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Vertreter der Regierungsparteien hatten heute erneut Besprechungen über das Fürstenkompromiß durchgeführt. Morgen vormittag werden die Vertreter der Regierungsparteien zu Külz und Marx gehen, um erneut zu knobeln. Hinterher sollen die Sozialdemokraten empfangen werden. In der Auslassung der Regierungsparteien heißt es: „Man hofft, auf diesem Wege zu einer Einigung zu kommen."

Neuer Spritschieberskandal

Berlin, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Während noch in Berlin der Prozeß gegen die Spritschieber und die Kriminalbeamten, die dabei Hilfsstellung leisteten, stattfindet, wird bereits durch ein Berliner Mittagsblatt eine neue Schiebung gemeldet. Es handelt sich diesmal um eine „altrenommierte" Firma F. E. Weil, die zur Herstellung von Kognak Brennereien mit einem Alkoholgehalt von 23 Prozent einführte. Bei der Untersuchung durch das Zollamt wurden durch die Firma Proben vorgeschoben, die nur 10 bis 11 Prozent Alkohol hatten. Die Abgaben waren dadurch erheblich niedriger. Der Inhaber der Firma, der diese Betrügereien inspirierte und durchführen ließ, lancierte aber zur gleichen Zeit in die Fachpresse Artikel gegen Schwarzbrenner und Betrugsmanöver der Brennereien unter vollem Namen, ja denunzierte andere Brennereien. Jetzt ist die Schweinerei herausgekommen. Die Polizei verweigert vorläufig jede weitere Auskunft. Man erfährt nur, daß sich die Straftaten über Jahre erstrecken.

Die Chemnitzer Steinarbeiter gegen Franz

In einer in Chemnitz stattgefundenen Versammlung des Verbandes der Steinarbeiter wurde ein Antrag angenommen, den zweiten Vorsitzenden des Ortsausschusses Chemnitz des ADGB., den rechten sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Franz, sofort zu entfernen.

Rumänische Rüstungen

Wie die „Vossische Zeitung" in ihrer heutigen Morgenausgabe meldet, finden in Rumänien seit dem 25. März große Truppenkonzentrationen und Einberufungen von Reservisten statt. Der Kriegsminister teilt mit, daß er eine neue Gesetzesvorlage über die Reorganisation des Heeres vorlegen werde. Rumänien habe von allen europäischen Staaten die längste Grenze und müsse zu ihrer Verteidigung eines der besten Heere Europas aufstellen.

Die Antwort des ADGB.

Der ADGB. lehnt das Volksbegehren für die Landtagsauflösung ab

Am 31. März forderte die Kommunistische Partei die SPD. und den ADGB. in Sachsen auf, den Kampf für die Auflösung des Sächsischen Landtages durch die gemeinsame Einleitung eines Volksbegehrens wiederzuleben. Während die sozialdemokratische Presse zunächst glaubte, das Volksbegehren mit einigen Redensarten abtun zu können, haben sich im Laufe der letzten Zeit die sozialdemokratischen Arbeiter mehr und mehr von der Notwendigkeit eines solchen Schrittes überzeugt. Die sozialdemokratische Presse Sachsens ist bis auf den heutigen Tag in der Frage des Volksbegehrens schwankend. Ein typisches Merkmal für diese Schwankungen ist die Tatsache, daß der Landesarbeitsausschuß der SPD. bis heute auf die Aufforderung der KPD. noch nicht geantwortet hat.

Die sächsische Arbeiterschaft hat in der letzten Zeit die unbedingte Gefolgschaft des sächsischen ADGB. für die Heldt-Regierung restlos erkannt. Die Stellung der „Sächs. Gewerkschaftszeitung" läßt an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig. Das Blatt Schillings unterstützt seit Jahr und Tag offen die 23 und ist nunmehr zur Offensive gegen die Arbeiterschaft im Interesse der 23 übergegangen. Die Erklärung des ADGB. vom 14. April ist ein weiterer Schritt gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Sachsens. **Die ADGB.-Clique kämpft jetzt nicht nur mehr gegen die kommunistischen Arbeiter, sondern sie tritt offen auch gegen die sozialdemokratischen Arbeiter auf.** Um die 23 und die Heldt-Regierung zu stärken, fordert der Bezirksausschuß Sachsen des ADGB. außerdem vom Bundesvorstand des ADGB. **ein Einschreiten zugunsten der sächsischen Koalitionspolitiker.** Unter diesen Umständen bedeutet es für die sächsische Arbeiterschaft keine Ueberraschung, wenn der ADGB. auch das Volksbegehren zur Landtagsauflösung ablehnt.

Der Bezirksausschuß Sachsen des ADGB. richtet am 14. April nachstehendes Schreiben an den Landesvorstand:

Dresden-A., 14. April 1926
Nitzenbergstraße 6, 1.

Abschrift.

An die Kommunistische Partei Deutschlands,
Landesvorstand Sachsen
Dresden-A.

Werte Genossen!

Im Anschluß an unser Schreiben vom 1. April teilen wir Ihnen mit, daß der Bezirksausschuß des ADGB. zu Ihrem Schreiben vom 31. März, betreffend gemeinsame Herbeiführung des Volksbegehrens für den Volksentscheid zur Auflösung des Landtages nunmehr Stellung genommen hat. Er vertritt die Ansicht, daß ein solches Volksbegehren zu mindestens jetzt nicht im Interesse der sächsischen Arbeiterschaft, insbesondere dem der Gewerkschaftsbewegung, liegt und lehnt daher Ihren Vorschlag ab.

Abgesehen von dieser sachlichen Differenz in der Beurteilung der politischen Situation ist es für den Bezirksausschuß auch sonst aus Gründen der Selbstachtung nicht gerade verlockend, mit einer Partei eine gemeinsame Aktion zu unternehmen, deren Führer und Presse gerade in der letzten Zeit gegen die Gewerkschaftsleitungen in der unerhörtesten und unanständigsten Weise hetzt und wühlt. Obwohl alle Gewerkschaftsführer diesen Treibereien außerordentlich kaltblütig gegenüberstehen, weil sie neben dem gesunden Sinn der Gewerkschaftsmitglieder und deren Willen, die Gewerkschaftspolitik auf reale Tatsachen aufzubauen, überzeugt sind, „möchten wir doch zum Ausdruck bringen, daß gemeinsame Aktionen der Gewerkschaften und der KPD. auch da, wo die sachlichen Voraussetzungen gegeben sind, durch die sachlich ungerechtfertigte Einstellung und den rüden Ton der KPD.-Presse den Gewerkschaftsleitungen gegenüber außerordentlich erschwert wird.

Mit freigewerkschaftlichem Gruß gez. R. Arndt.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Sachsen.

Einen politischen Grund für die Ablehnung des Volksbegehrens kann der ADGB. nicht anführen. Was der ADGB. in seinem Schreiben verschweigt, kennt die Arbeiterschaft zur Genüge aus den Gewerkschaftszeitungen und aus dem Mund der Führer des ADGB. **Wer mit den 23 und mit der Heldt-Regierung durch Dick und Dünn geht, der kann natürlich nicht für das Volksbegehren eintreten.** Die Führer des sächsischen ADGB. haben der Arbeiterschaft in Sachsen erneut den Kampf angesagt. Die Antwort haben die ADGB.-Führer zum Teil schon erhalten. Die Leipziger und Dresdner Metallarbeiter, die Dresdner Buchdrucker und eine Reihe weiterer Gewerkschaftsorganisationen erheben den schärfsten Protest gegen den ADGB. und fordern den sofortigen Rücktritt der Redaktion der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung".

Die Ablehnung des Volksbegehrens durch den ADGB. muß sofort die stärkste Gegenbewegung innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Sachsens auslösen. Alle Ortskartelle und Verbandsversammlungen müssen zu der unhaltbaren Lage innerhalb der sächsischen Gewerkschaften sofort Stellung nehmen. Die Forderungen der klassenbewußten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind:

Sofortige Abberufung der Redaktion der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung";

Entfernung aller Gewerkschaftsangestellten, die mit den Schillingsinstitutionen;

Beteiligung des sächsischen ADGB. am Volksbegehren für Landtagsauflösung;

Schärfster Kampf der sächsischen Gewerkschaften gegen die 23 Rechten und gegen die Heldt-Regierung!

Das sind die Losungen, unter denen jetzt der Kampf in den Gewerkschaften geführt werden muß. Die Arbeiterschaft wird in diesem Kampf Sieger bleiben, wenn alle ehrlichen klassenbewußten Elemente sich geschlossen und willensstark vereinigen gegen die Verräter an den Interessen der Arbeiterschaft!

Heute abend ½8 Uhr spricht Siewert in den „Annensälen" über: Die Verbrechen der Heldt-Regierung und die Vorgänge im Landtag